

Sehr geehrter Herr Zilz,

lieber Dirk,

Du hast Dich mit einem offenen Brief an die Rats-Parteien gewandt und diese aufgefordert, binnen einer Frist von einer Woche Deine Fragen zu beantworten. Eine sicherlich diskutierbare Vorgehensweise.

Unter anderem möchtest Du mit Blick auf die kommende Ratswahl erfahren, wie die Position der CDU Niederkrüchten in der Bäderpolitik ist. Das überrascht uns, da sowohl Dir als auch den Bürgerinnen und Bürgern unsere Position bereits bekannt ist. Wir haben mehrfach darüber persönlich gesprochen, unter anderem in der öffentlichen Vorstandssitzung des Fördervereins für das Freibad im letzten Herbst, und dazu Folgendes auf den Internetseiten der CDU Niederkrüchten, auf unseren Publikationen und auch in der Presse, veröffentlicht:

„Wofür steht die CDU in der Bäderpolitik?

In den vergangenen Wochen und Monaten wurde in Niederkrüchten und Brüggen intensiv und hoch emotional um eine Klärung zur Bäderfrage gerungen. Die von den Räten aus Niederkrüchten und Brüggen eingerichtete interkommunale Bäderkommission sollte auf der Basis der vorliegenden Unterlagen Klärungen herbeiführen. Die erste wichtige haben wir nun vorliegen: Auf der Basis der der Kommission vorgelegten Zahlen und Daten sowie Prognosen erklärte der CDU Fraktionsvorsitzende Johannes Wahlenberg in Übereinstimmung mit den meisten Niederkrüchtener Parteien, dass das letztlich vorgesehene Projekt in einem Umfang von derzeit mindestens 21 Millionen € nicht zielführend im Sinne der Bürgerinnen und Bürger ist und aufgrund der auch für den Neubau anstehenden permanent notwendigen umfangreichen Investitionen für den Haushalt und die Zukunft der Gemeinde nicht zumutbar und verantwortbar ist.

Mit dem Nein ist es allerdings nicht getan. **Es geht auch weiterhin um eine gemeinsam getragene zukunftsorientierte interkommunale Lösung. Deshalb sagt die CDU Niederkrüchten:**

- Auch in Zukunft muss Schul-, Vereins- und Freizeitschwimmen in unserer Gemeinde möglich sein.
- Als kurzfristige Lösung haben wir die Instandsetzung des Hallenbads Elmpt und dessen ganzjährige Öffnung vorangetrieben; das ist allerdings nur eine Zwischenlösung und ein Minimalangebot.
- Mit Brüggen soll weiter über eine interkommunale Lösung verhandelt werden. Eine gemeinsame Lösung für rund 30.000 Einwohner kann attraktiver gestaltet werden als ein Bad für eine nur halb so viele Einwohner zählende Gemeinde. Die hohen Investitions- und Unterhaltungskosten können sich beide Kommunen teilen.
- Die **CDU regt die Gründung** einer für den Bäderbetrieb verantwortlichen gemeinsamen Bädergesellschaft mit den Nachbargemeinden an. Sie hat die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern in den Westgemeinden vielfältige und kostengünstige Schwimm- und Bewegungsangebote zu bieten. Die Angebote können sich auch auf mehrere Standorte verteilen.
- Es vergrößert die Entscheidungsgrundlagen, dass zudem der mit der Petition „Rettet das Freibad Niederkrüchten in neuer Form“ unterbreitete Vorschlag aufgegriffen (Kombibad-Lösung mit vollständig erneuertem Freibad und neuem 25 m Hallenbad) und die darin angeregte Machbarkeitsstudie erarbeitet wurde.

- Auf alle Fälle benötigen wir ein an den örtlichen Bedürfnissen von Niederkrüchten und Brüggen ausgerichtetes Bad. Wir brauchen kein Leuchtturm-Projekt mit Ausstrahlung ins weite Umland. Ein Investitionsvolumen von 25 -30 Mio. Euro übersteigt nach unserer Einschätzung die Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde.
- Hinsichtlich der Folgekosten halten wir die Risiken für zu hoch und notwendige Mittel für künftige große Aufgaben (z. B. Wohnen - Bewältigung des demografischen Wandels und Wirtschaft/Arbeitsplätze - Umnutzung des ehemaligen Flughafengeländes) wären nicht ausreichend vorhanden.
- Wir werden darauf achten, dass die Lösung der Bäderfrage nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird. Die CDU wird auf eine zügige Lösung drängen.“

An dieser Position hat sich bis heute nichts geändert. Kann sich auch nichts ändern, sofern man die Gesamtentwicklung der Gemeinde für alle Bürgerinnen und Bürger in Niederkrüchten im Blick hat.

Die CDU Niederkrüchten steht auch weiter zu dem vom Rat in seiner Sitzung vom 11.12.2019 mit großer Mehrheit gefassten Beschluss. Er lautet:

- „Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Gemeinde Brüggen eine Variantenprüfung für ein interkommunales Hallenbad mit einem maximalen jährlichen Zuschussbedarf von 1.000.000,00 EUR (500.000,00 EUR je Kommune) an einem geeigneten Standort (vorzugsweise Brimges-Gelände) von einem Fachplaner erstellen zu lassen, mit der Maßgabe, dass Ende April 2020 aussagefähige Zahlen und konkrete Planungen vorliegen, über die der Rat in seiner Sitzung am 12. Mai 2020 entscheiden kann.
- Des Weiteren soll der Betrieb der zukünftigen Bäder in den Gemeinden Brüggen und Niederkrüchten von einer gemeinsamen Betreibergemeinschaft sichergestellt werden.
- Der Gemeinde Brüggen wird bei einer interkommunalen Lösung die Möglichkeit zum Bau und Betrieb einer Sauna bei Übernahme aller Kosten zugesagt.
- Auch soll vorbehaltlich der Entscheidung über die Errichtung eines Hallenbades – entweder als interkommunale oder als kommunale Lösung – die Sanierung des Freibades Niederkrüchten am bisherigen Standort ohne finanzielle Beteiligung der Gemeinde Brüggen erfolgen.“

Für die Freibad-Unterstützung dürfte vor allem der zuletzt genannt Punkt entscheidend sein.

Du kennst alle diese Daten. Auch die Sinnhaftigkeit einer gemeinsamen Betreibergesellschaft. Du kennst auch die Zahlen, auf denen diese Entscheidung fußt. Die CDU hat sich ausdrücklich für das Freibad auf der Basis des Ratsbeschlusses ausgesprochen, und das ohne des vermeintlichen Drucks eines Wahlkampfes, denn das Ausblenden von Fakten hilft niemandem.

Dennoch: Die CDU Niederkrüchten bedauert, dass dem Rat die für weitere Entscheidungen notwendigen Unterlagen nicht bis zum 12. Mai vorgelegt werden konnten. Nach Angaben

unseres Bürgermeisters hat sich das beauftragte Planungsbüro Neugebauer – auch wegen der Corona-Pandemie - nicht in der Lage gesehen, mit Zahlen unterlegte konkrete Planungen in so kurzer Zeit zu erarbeiten.

Da Du - ebenso wie der weitere Initiator der Petition Maik Faßbender - für die Partei Bündnis 90/Die Grünen aktiv bist und für diese Partei für den Rat kandidieren wirst, ist Dir sicher bekannt, dass die Grünen-Fraktion bereits wiederholt beantragt hat, das Freibad im Mai 2020 wieder zu öffnen. Der Rat hat die Anträge mit breiter Mehrheit abgelehnt. Ohne belastbares Zahlenmaterial konnte und kann keine sachgerechte Entscheidung getroffen werden.

Die Sanierung des Freibads kommt faktisch einem Neubau gleich. Auch das ist Dir bekannt. Die Kosten der Sanierung (ohne Hallenbad) belaufen sich auf geschätzt 4,3 Mio. Euro. Bei allem Verständnis für den Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach einer Freibadnutzung: Die Gemeinde kann mit dem Freibad ihre einige Pflichtaufgabe im Bäderbereich – das Schulschwimmen – nicht erfüllen. Es handelt sich beim Freibad ausschließlich um ein Sommer-Freizeit- und Vereinssportbad. Nach Überzeugung der CDU Niederkrüchten wären weitere Gespräche/Verhandlungen mit Brüggem über ein gemeinsames (interkommunales) Hallenbad beendet, wenn Niederkrüchten unabhängig davon in der Bäderfrage Fakten schaffen und die Freibadsanierung beschließen würde.

Wir können nicht beeinflussen, was Bürgerinnen und Bürger glauben. Unabhängig von Wahlterminen sind wir aber erst dann bereit über die Bäder abschließend zu entscheiden, wenn alle noch offenen Fragen (u. a. Betreiber, Personalausstattung, Gesamtkosten der Bäderinvestition) vollständig geklärt sind. Dies haben wir bereits 2019 öffentlich so dargelegt.

Der vom Rat verabschiedete Haushaltsplan 2019 – 2020 sieht im Planungszeitraum bis 2023 annähernd 8 Mio. Euro zur Ausfinanzierung der Bäderinvestition vor. Es ist davon auszugehen, dass in diesem Jahr lediglich Planungskosten anfallen. Die Ausfinanzierung der Investition wird erst ab dem Haushaltsjahr 2021 erfolgen. Die Folgekosten von mehreren hunderttausend Euro im Jahr sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Die Bürgerinnen und Bürger haben nach Ansicht der CDU Niederkrüchten vor allem Anspruch darauf, dass gründlich geprüft und überlegt wird, wofür die Gemeinde ihr Geld ausgibt. Schließlich handelt es sich um eine sehr große Investition mit enormen Folgekosten für die nächsten Jahrzehnte. Und deshalb ist es für jedes Ratsmitglied zwingend notwendig, nicht nur Einzelthemen, sondern die gesamte Entwicklung der Gemeinde im Blick zu haben. Denn auch nach einer Wahl ist das Ratsmitglied allen Bürgern der Gemeinde gegenüber verantwortlich. Insofern sagt die CDU „Nein“ zu vereinfachten, plakativen Darstellungen, die dem Bürger keine wirklich umfassende Information und damit keine fundierte Entscheidungsmöglichkeit geben.

Mit freundlichen Grüßen

Für die CDU Niederkrüchten

Johannes Wahlenberg als Fraktionsvorsitzender

Reinhardt Lüger als Parteivorsitzender

Niederkrüchten, den 29.5.2020